

Von wegen «Kulturstadt jetzt»

Nutzungspläne Die Regierung hat nur noch wenig Hoffnung, eine Lösung zu finden

VON NICOLAS DRECHSLER

Die Nutzung der öffentlichen Plätze in der Innenstadt, die Interessen der Anwohner, des Partyvolks und der Kulturveranstalter, sie bilden den Gordischen Knoten. Und die SNUP, die Speziellen Nutzungspläne sollten das Schwert sein, um ihn zu zerschlagen. Doch nun sieht es so aus, als ob die Alexander der Innerstadtbelebung entwarfnet würden. Alleine der Titel der Interpellation von Salome Hofer wies auf eine gewisse Ungeduld hin: «Und jährlich grüsst das Murmeltier, respektive, wo bleiben die Speziellen Nutzungspläne (SNUP)? fragt die SP-Grossrätin. Sie, und mit ihr die Vereinigung «Kulturstadt Jetzt» sind nun, da sie die Antwort der Regierung in Händen halten, ziemlich ungehalten. Auf 13 dünnen Zeilen wird dort Pessimismus verbreitet. «Ob die Idee von speziellen Nutzungsplänen mit dem geltenden Bundesrecht auf kantonaler Gesetzesstufe mit vernünftigem Aufwand und hinreichender Flexibilität für die Veranstaltenden realisiert werden kann, ist derzeit offen.»

Hofer bleibt einermassen diplomatisch und sagt «Ich bin ziemlich irritiert.» Eine Formulierung, die auch «Kulturstadt Jetzt» in einem Communiqué verwendet. Matthias Nabholz, der als Leiter des Amts für Umwelt und Energie (AUE) Zuständige für den Lärmschutz hat die Rolle des Spielverderbers bei der SNUP-Party. Die Allmendverwaltung habe schon etliche Vorschläge gemacht, wie man das Gesetz über die Nutzung des öffentlichen Raumes (NöRG) in dieser Frage umsetzen könne, sagt Nabholz. Diese seien aber immer wieder an den gesetzlichen Vorgaben des Bundes in Sachen Lärmschutz gescheitert. Oder aber von Anwälten der Anwohnerschaft angefochten worden. Offenbar mit Erfolg.

Die grossen Dilemmata

Das Problem liegt aber wesentlich tiefer: Ein Ziel des Gesetzes über die Nutzung des öffentlichen Raums (NöRG), der Rechtsgrundlage der SNUP ist es, für Veranstalter auf wichtigen Plätzen der Stadt Rechtssicherheit zu schaffen. Aber auch für die Anwohner klar zu machen, was sie zu erwarten haben. Und das ganze am liebsten auf mehrere Jahre hinaus und ohne Einzelbewilligungen beantragen, respektive ausstellen zu müssen. Veranstalter, die jetzt regel-



Ein Ort mit sehr hohem Nutzungsdruck ist das Kasernenareal.

ROLAND SCHMID

«Die vielen Ansprüche sind der klassische Fall der Eier legenden Wollmilchsau.»

Matthias Nabholz
Leiter Amt für Umwelt und Energie

mässig einen Platz bespielen, sollen Garantien erhalten. Aber gleichzeitig sollen Veranstalter, die neu dazustossen, auch berücksichtigt werden. Stabilität soll es geben, aber bitte auch Flexibilität. Der klassische Fall der Eier legenden Wollmilchsau, sagt Nabholz.

Besonders die Sache mit den Einzelfallprüfungen, die durch die SNUP überflüssig gemacht werden sollen, der Bund schreibt eine solche Prüfung zwingend vor. Daher auch der Pessimismus der Regierung in ihrer Beantwortung des Vorstosses Hofer. Aber soweit, die SNUP komplett abzuschreiben, will Nabholz nicht gehen. «Ich bin zuversichtlich, dass wir eine Lösung finden», sagt er. Sein Amt werde der Allmendverwaltung in Kürze einen neuen Vorschlag unterbreiten und er hoffe, dass man sich finde.

«Kulturstadt Jetzt» erwartet vom Regierungsrat, «dass er noch in diesem Jahr das

weitere Vorgehen in Sachen SNUP kommuniziert und damit klare Verhältnisse für Basler Veranstalter schafft. Einige der Beteiligten lassen durchblicken, dass sie nicht verstehen, wie es so weit kommen konnte. Ob denn die Regierung vorgängig nicht geprüft habe, ob überhaupt möglich sei, was sie im Parlament versprochen hatte? Doch, schreibt die Regierung. Aber die Tragweite der «überaus restriktiven bundesrechtlichen Vorgaben» beim Thema Lärmschutz seien «bei Erlass des NöRG vor fünf Jahren nicht bekannt gewesen.» Innerhalb von «Kulturstadt Jetzt» sei man jetzt dabei zu überlegen, was man damit tun solle, sagt Hofer. Man habe sich nun drei, vier Jahre darauf verlassen, dass die SNUP kommen würden und sich darauf konzentriert. Sollte diese Gesamtlösung für die Anliegen der Veranstalter nun nicht kommen, müsse man sich überlegen, welche Einzelforderungen man an ihrer statt stellen müsse.

Lysbüchel

Gewerbe zeigt die kalte Schulter

Die Transformation des Lysbüchel-Areals nimmt konkrete Formen an. Immobilien Basel, die Liegenschaftsgesellschaft des Kantons, teilte gestern mit, die ersten Grossmieter für das ehemalige Coop-Verteilzentrum seien gefunden und Absichtserklärungen unterzeichnet. Dazu gehören Anbieter für eine Kletterhalle wie die Initiativegruppe BandSpace, die im Untergeschoss gemäss vorliegenden Unterlagen acht Proberäume für Musikbands einrichten will. Ebenfalls zu den Interessierten gehört der Alevitische Kulturverein. Die definitiven Verträge sollen im kommenden Frühjahr unterzeichnet werden. Ein Jahr später könnten die Projekte den Betrieb aufnehmen.

Weniger erfolgreich war Immobilien Basel, Gewerbebetriebe als Mieter zu gewinnen, wie dies im Konzept vorgesehen ist. Der staatliche Liegenschaftsverwalter schreibt in seiner Mitteilung: «Das Interesse an Mietflächen aus dem Gewerbe war trotz günstigen Mietpreisen klein.» Zurzeit würden «leider» nur Gespräche mit einem gewerblichen Interessenten geführt.

Die Zurückhaltung ist allerdings verständlich: Im Juni hat der Gewerbeverband das Referendum gegen die Umwandlung des Lysbüchel eingereicht. Ein Gewerbe-Verräter wäre, wer sich nun von Immobilien Basel locken würde. Der Abstimmungskampf ist damit eröffnet. (CM)

Umstrittener Neubau in der Riehener Schonzone

Verdichtung Die Basler Versicherung will am Standort der ehemaligen Sportarena in Riehen Wohnungen bauen. Dafür wurde eine Baulinie verschoben. Dagegen wehren sich Anwohner.

VON TOBIAS GFELLER

Beatrice Bernet ist verärgert. «Uns werden permanent Vorschriften gemacht, schon nur, wenn wir ein Dachfenster einbauen wollen. Und die dürfen hier einen so massiven Bau hinstellen. Das verstehe ich nicht.» Das Haus der Bernets an der Burgstrasse befindet sich in der Schonzone. In dieser sei der «sichtbare historische oder künstlerische Charakter zu erhalten. Der Schutz dieser städtebaulichen Qualitäten dient der Wahrung des kulturellen Erbes und der Differenzierung des Angebots in unterschiedlichen Gebieten für unterschiedliche Anforderungen.

In dieser Zone müssen insbesondere der Baukubus und die Massstäblichkeit gewahrt bleiben», heisst es im Riehener Zonenplan. Doch dies werde mit dem Bau der Basler Leben AG, die zur Basler Versicherung gehört, hinfällig, kritisiert Bernet. «Wenn dieser Bau so kommt, dann sieht man unser Haus gar nicht

mehr. Was braucht es dann noch eine Schonzone?»

Auch der Neubau selber befindet sich im südlichen Teil in der Schonzone. Das Ehepaar Bernet stört sich an den Dimensionen des Bauvorhabens und wie diese überhaupt möglich wurden. Geplant sind sechs Reihenhäuser und ein Mehrfamilienhaus an der Ecke Burgstrasse/Essigstrasse mit bis zu drei Stockwerken. Das Bauprojekt ersetzt die geschlossene Sportarena.

«Alles zonenkonform geplant»

Dass das Bauprojekt in dieser Dimension überhaupt möglich wurde, verdankt die Bauherrschaft dem Entgegenkommen des Gemeinderats. Dieser genehmigte 2015 auf Antrag von Burckhardt + Partner AG, die den Bau für die Basler Leben AG plant, eine Verschiebung der Baulinie in Richtung Burgstrasse und Essigstrasse. Die Baufläche wurde so vergrössert.

Mit der Verschiebung der Baulinie wurde der Handlungs- und Bebauungsspielraum vergrössert. Damit wurde eine «zweckmässige Ausnutzung» der Bauparzelle ermöglicht. In der Antwort auf eine Interpellation von SP-Einwohner Heinz Oehen zum Bauprojekt begründete der Gemeinderat im vergangenen April die Baulinienverschiebung auch mit der damit möglichen Verdichtung der Parzelle. Die Ortsbildkommission winkte die Verschiebung

der Baulinie sowie den dreigeschossigen Bau durch. Gemeinderat Felix Wehrli (SVP), der das Geschäft von Daniel Albiets (CVP) übernommen hat, erinnert an frühere Planungen, die Essigstrasse zu verbreitern, weswegen die Baulinie einst nach innen versetzt wurde. «Diese Verbreiterung will heute aber niemand mehr», stellt Wehrli klar. Er könne den Ärger der Anwohner nachvollziehen, aber alles sei zonenkonform geplant. «Es verträgt dort eine innere Verdichtung. Das Baugesetz wird eingehalten.»

Keine Mehrwertabgabe

Mit der Verschiebung der Baulinie könne die Basler Leben AG grossflächiger bauen und erziele damit einen Mehrwert, findet Christian Bernet und fragt sich genauso wie Einwohnerrat Heinz Oehen, weshalb die Bauherrschaft keine entsprechende Mehrwertabgabe zahlen musste, obwohl dies in Riehen möglich wäre.

Gemeinderat Felix Wehrli erklärt schriftlich: «Mehrwertabgaben werden erhoben, wenn die zulässige Geschossfläche durch Änderung der Zoneneinteilung oder der Zonenvorschriften, durch einen Bebauungsplan oder durch eine Bewilligung vergrössert wird. (...) Ist die Vergrösserung der zulässigen Bruttogeschossfläche jedoch wie vorliegend eine Folge der Planung, entsteht keine Mehrwertabgabepflicht.»

NACHRICHTEN

TRAMVERKEHR 11er-Tram reist Fahrleitung herunter

Ein 11er-Tram riss am frühen Montagmorgen um etwa 5.15 Uhr zwischen Münchensteinerstrasse und M-Parc die Leitung herunter und sorgte für Unterbrüche und Umleitungen im Basler Tramverkehr. Der 11er der Baselland Transport AG (BLT) wurde zum Depot beim Dreispitz gestossen. Anschliessend musste die Fahrleitung wieder aufgehängt werden. Nicht bedient werden konnten deswegen die Haltestellen Denkmal und Grosspeter. Es waren Ersatzbusse im Einsatz. Ab zirka 10 Uhr verkehrten alle Linien wieder normal. (SDA)

GASTRONOMIE Suppen auf kleiner Flamme

Natalie Kaden, die über 14 Jahre in Basel die So'up-Lokale führte, ist mit einer Einzelfirma wieder als Suppenköchin unterwegs. Sie beliefert einzelne Lokale wie das Elisabethencafé, das Café Smilla an der Grimselstrasse, das Magical auf der Erlenmatt oder das Tigi Kaffi im Gundeli. Mit dem So'up stolperte Kaden im Frühjahr in einen Konkurs, den Neustart geht sie ohne Personal und eigenem Lokal, dafür mit weniger Risiko an, wie sie sagt. (BZ)

LANDGUT BÄUMLIHOF Roche erwirbt Hirzen-Pavillon

Während mehrerer Jahre stand der Hirzen-Pavillon vor den Toren Riehens leer. Seit 2012 ist das Landgut im Besitz der Novartis-Erben-Familie Geigy nicht mehr öffentlich zugänglich. Nun vermeldet «Telebase», dass das Pharmaunternehmen Roche das Anwesen erworben hat. Aktuell erarbeite die neue Besitzerin das Nutzungskonzept, bestätigt Roche-Sprecher Karsten Kleine den Kauf. Geplant sei, den Hirzen-Pavillon künftig als Tagungs- und Veranstaltungszentrum zu nutzen. Zudem prüfe die Roche, «ob wir das Anwesen für Veranstaltungen öffentlich zugänglich machen können». Die Villa wurde vergangenes Jahr noch für 17,5 Millionen Franken angeboten. Über den Verkaufspreis wurde Still-schweigen vereinbart. Der Verkauf ist noch nicht amtlich. (BZ)

Grosser Rat

Abfallsünder sollen putzen müssen

Für zahlreiche Basler Grossräte ist der Zustand unhaltbar: «Viele Strassenzüge und Pärke in der Stadt Basel gleichen am frühen Morgen oder an Wochenenden einer Abfalldeponie», kritisieren sie. Gerade im unteren Kleinbasel sei die Situation besonders prekär. «Für die Anwohnenden ist dies ein unhaltbarer Zustand.» Für die Kritiker ist klar: Für Abfallsünder braucht es härtere Strafen.

Zu Unzeiten herausgestellte Bebbisäcke würden weitere anziehen. Halbe Haushalte würden in die Nischen der Hausvorsprünge gestellt und bleiben dort über Tage stehen. «Stinkender, illegal entsorgter Hausabfall abgefüllt in Plastiksäckchen liegt in den Rabatten oder türmt sich neben den Recyclingstationen», kritisieren die Grossräte um CVP-Präsident Balz Herter. Zwar sei die Stadtreinigung ständig daran, diese «Schandflecken» zu entsorgen. Und Abfallkontrolleure versuchten, die Täterschaft zu eruiieren, was sich nicht einfach sei.

Wenn aber dann einmal ein Abfallsünder erwischt wird, drohe ihm lediglich eine Busse von 200 Franken. «Dieser Betrag deckt nicht einmal den Aufwand, welcher nötig war, um die Person ausfindig zu machen.» Für die Kritiker ist die Abschreckung zu gering. Deshalb schlägt die Parlamentariergruppe nun vor, die Delinquenten zu Reinigungseinsätzen bei der Stadtreinigung zu verpflichten. (BZ)